



Pressemitteilung, 23.04.2026, Protesttag 2.0

## **Protesttag 2.0 des Aktionsbündnis Psychotherapie am 25.04.2026**

**Das Aktionsbündnis Psychotherapie ruft am 25. April 2026 erneut zu Protestaktionen in zahlreichen Städten auf. Anlass für den fortgesetzten Protest ist der Referentenentwurf für das GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz des BMG.**

Die aktuellen Entwicklungen, insbesondere der nun veröffentlichte Referentenentwurf und das vorgelegte Tempo beim Gesetzgebungsverfahren zeigen, dass die politischen Akteure keinerlei Interesse an einem inhaltlichen Diskurs haben, sondern diesen gezielt verhindern. Der Entwurf, in seiner jetzigen Version, ist ein **Gesundheitskürzungsgesetz**, das gegen die fachliche und ökonomische Ratio verstößt.

Aber **wir lassen uns nicht unsichtbar machen**, nicht marginalisieren, nicht an den Rand drängen.

Durch die aktuellen Vorstöße der Politik wird die Psychotherapie im gesetzlichen Versorgungssystem - eine echte gesellschaftliche Errungenschaft - mutwillig und fahrlässig gegen die Wand gefahren. Dies wird unsere Gesellschaft vor massive Probleme stellen: Die sozialen und ökonomischen Folgekosten werden völlig unterschätzt. Das ist langfristig eine Katastrophe für unsere Demokratie. Das lassen wir nicht zu!

**Wir wollen sichtbar sein** – dezentral, in vielen Städten, auf Marktplätzen und in Fußgängerzonen. Mit unseren Aktionen werden wir symbolisch zeigen, was gerade passiert: Geplant sind ein Glücksrad der Psychotherapieplätze, Performances wie lange Warteschlangen vor leeren Stühlen und Begräbniszereemonie mit "Beerdigung der Psychotherapie" (Würzburg), Diskussionstische, Infostände, Demo-Züge, Konzerte, große Banner und vieles mehr.

**Wir wollen sichtbar machen:** Was hier passiert, betrifft alle - im Laufe des Lebens trifft eine psychische Erkrankung mehr als jede zweite Person! Wir alle sind im Laufe unseres Lebens entweder selbst betroffen oder Angehörige von Betroffenen.



**Wir wollen sichtbar machen:** Ein weiteres Mal wird ein Raum für menschliche Entwicklung und Genesung zerstört bzw. kurzfristigen, finanzökonomischen Kriterien und dem Populismus geopfert.

Das Recht auf Gesundheit ist ein Menschenrecht. Es umfasst sowohl physische als auch psychische Aspekte von Gesundheit. Es verpflichtet Staaten und Regierungen, Maßnahmen zur Gewährleistung eines hohen Gesundheitsniveaus für alle Bevölkerungsschichten zu ergreifen. Ausgerechnet in Deutschland ist dieses Recht jetzt bedroht.

### **Für unsere Gesellschaft, unsere Demokratie und das Wohl der Bürgerinnen und Bürger fordern wir:**

1. Leistungen für ambulante Psychotherapie müssen vollständig und extrabudgetär vergütet werden. Gesundheit ist Voraussetzung für gesellschaftliche Funktionsfähigkeit – nicht umgekehrt.
2. Finanzierung von Behandlungen muss sich an Bedarfen orientieren. Investment in Psychotherapie zahlt sich aus – auch ökonomisch!
3. Bürokratische Hürden müssen abgebaut werden – es spart Zeit und Kosten.
4. Psychotherapeutische Selbstverwaltung muss gestärkt werden. Wir sind Expert\*innen und müssen politische Entscheidungsprozesse mitgestalten.
5. Weiterbildung muss gesichert werden. Ohne einen psychotherapeutischen Nachwuchs ist langfristig keine Versorgung möglich.

Bereits seit März gibt es bundesweit Proteste - zuletzt am 15. April 2026 mit etwa 10.000 Teilnehmenden. Doch die Angriffe auf die psychotherapeutische Versorgung folgen Schlag auf Schlag. Wir rufen die Bevölkerung deshalb erneut zu Protesten auf! Alle Bürger:innen, Berufsgruppen, Patient:innen, Menschen sind aufgerufen sich zu beteiligen.

**Wir rufen zum Handeln auf und bleiben laut!**